



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

**An die
Medien**

Dortmund

24.08.07

PRESSEMITTEILUNG

Vorrangige Vergabe von Aufträgen an Ausbildungsbetriebe prüfen

Die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD wollen die Möglichkeit einer vorrangigen Vergabe von städtischen Aufträgen an Ausbildungsbetriebe prüfen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich für entsprechende eindeutige Rechtsgrundlagen einzusetzen bzw. sie auf Landesebene zu schaffen. Das sieht ein Antrag der Fraktionen für die Sitzung des Rates in der kommenden Woche vor.

Birgit Unger, Fraktionssprecherin der GRÜNEN: „ Die Situation für viele Jugendliche in Dortmund ist dramatisch. Viele suchen schon seit Jahren einen Ausbildungsplatz und finden auch in diesem Jahr keine Lehrstelle – den Versprechungen von IHK und Wirtschaftsverbänden zum Trotz. Damit wollen und können wir uns nicht abfinden. Deshalb wollen wir prüfen, ob und wie eine bevorzugte Vergabe von städtischen Aufträgen an Ausbildungsbetriebe bereits jetzt möglich ist. Wenn es keine entsprechende Rechtsgrundlage gibt, dann muss sie auf Landesebene geschaffen werden. In anderen Bundesländern wie zum Beispiel Bayern gibt es längst entsprechende Erlasse. Da hat man anscheinend erkannt, dass eine gezielte Förderung von Ausbildungsbetrieben ein zusätzlicher Anreiz für bisher nicht oder nicht mehr ausbildende Betriebe sein kann, zukünftig wieder Ausbildungsplätze anzubieten. Wenn das im tief-schwarzen Bayern geht, warum dann nicht hier in NRW?“



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Wie schwierig die momentane Ausbildungssituation ist, zeigen die Zahlen der Arbeitsagentur: So fehlten alleine in Dortmund am 31. Juli noch 2303 Lehrstellen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der BewerberInnen damit weiter gestiegen. Viele von ihnen haben sich schon in den vergangenen Jahren ohne Erfolg beworben. Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 3,8 Prozent gesunken.

Ernst Prüsse, Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Die Zahlen zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um vielen jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben. Hier haben wir als Politik und als Rat eine besondere Verantwortung. Wir haben bisher versucht, mit unseren eigenen Möglichkeiten dieser Verantwortung gerecht zu werden. So stellt die Stadt wie schon in den vergangenen Jahren erneut 100 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Darüber hinaus konnten durch eine Initiative von SPD und GRÜNEN in 2006 insgesamt 21 zusätzliche Lehrstellen in den städtischen Unternehmen geschaffen werden. Das alles reicht aber nicht aus. Hier sehen wir die gesamte Gesellschaft, insbesondere aber die großen Betriebe und Unternehmen in der Verpflichtung.“

SPD und GRÜNE wollen in ihrem Antrag die Verwaltung zusätzlich prüfen lassen, wie darüber hinaus die Ausbildungssituation in Dortmund in Zusammenarbeit mit ARGE, Agentur für Arbeit, Kammern, Innungen und Verbänden verbessert werden kann. Hierbei soll die Verwaltung insbesondere darstellen, ob bei längerfristigen Rahmenverträgen z.B. bei Bau- und Straßenunterhaltung und in Anlehnung an § 279a SGB III (Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung – BSI) bereits Fördermöglichkeiten für Ausbildungsbetriebe möglich sind.